

**Niederschrift**

15. Plenarsitzung des Gemeinderates
29. September 2020, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

23.

Punkt 23 der Tagesordnung: „Miteinander für Karlsruhe“ – Kommunikationskonzept zur Gewaltprävention, Angebote für junge Menschen in Karlsruhe schaffen

Antrag: KAL/Die Partei

Vorlage: 2020/0975

Beschluss:

Verwiesen in Hauptausschuss

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 23 zur Behandlung auf.

Stadtrat Cramer (KAL/Die Partei): Seit den Vorkommnissen in Stuttgart, die ja bundesweit Schlagzeilen gemacht haben, ist einige Zeit ins Land gegangen, auch in Karlsruhe. Es wurde einerseits hier, ich glaube, es war noch vor der Sommerpause, dieses Sicherheitskonzept der CDU und der AfD auf den Weg gebracht. Wir konnten dem damals nicht zustimmen, weil wir der Meinung sind, dass man nicht sozusagen etwas gegen die Jugendlichen und die jungen Erwachsenen tun sollte, sondern miteinander. Daher auch diese Überschrift „Miteinander für Karlsruhe“. Wir haben uns da angelehnt an die Bürgerbeteiligungsprozesse in der Südstadt „Miteinander Südstadt“, und wir wünschen uns, dass eben die betroffenen Jugendlichen bis 18 Jahren und die Jugendlichen oder jungen Erwachsenen darüber miteinbezogen werden in das Prozedere, wie wir hier auf die Bedürfnisse der jungen Menschen eingehen können.

Die Stadtverwaltung hat ja schon reagiert, besonders in Hinblick auf die jungen Menschen, die von Einrichtungen der Freien Wohlfahrt, so nenne ich es jetzt mal, betreut werden, hat sie die Kontakte. Was wir uns zusätzlich wünschen, ist, dass man vielleicht am 13. Oktober, wenn es im Hauptausschuss noch mal weiter behandelt wird, besonders an die Jugendlichen denkt, die nicht Besucher sind von Jugendtreffs und irgendwelchen Einrichtungen, denn die haben andere Bedürfnisse. Ganz besonders wünschen wir uns, dass man an die jungen Erwachsenen zwischen

21 und 35 Jahren denkt, denn darüber habe ich noch nichts gehört. Herr Oberbürgermeister, Ihnen wurde ja auch bei Ihren Treffen mit den Club- und Barbesitzern ganz klar gesagt, dass sie befürchten, dass die Jungen, wenn es draußen wieder kälter wird, verstärkt ins Private gehen und sie haben ja verschiedene Vorschläge gemacht, ähnlich wie in Ettlingen mit der Kulturgarage, größere Räume irgendwie zur Verfügung zu stellen.

Abschließender Satz, ich würde Sie bitten, dass man an diese beiden Altersgruppen und ihre Bedürfnisse noch mal draufschaute und das dann vielleicht im Oktober vorträgt.

Stadträtin Bischoff (GRÜNE): Wir können uns voll und ganz dem Anliegen anschließen. Mein Vorredner hat hier auch schon einiges gesagt. Wir begrüßen es, dass die Verwaltung die Dringlichkeit erkannt hat und auch schon erste Schritte gegangen ist. Besonders freuen wir uns, dass auch Alternativangebote an Jugendliche gestellt werden, sei es in Minievents oder längere Öffnungszeiten für die entsprechenden Jugendhäuser. Darüber hinaus würden wir auch gerne auf unseren Brief, den wir zusammen mit der KAL und den Linken geschrieben hatten, verweisen. Wir könnten uns vorstellen, dass zum Beispiel auch Vertreter der Club- und Veranstaltungswirtschaft hier mit einbezogen werden, wenn es um Schaffung von Alternativangeboten geht, um so mögliche Synergien vielleicht auch nutzen zu können.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Es ist ein wichtiges Thema, wir schließen uns dem Anliegen natürlich an. Wir sind ja zum Glück hier in der glücklichen Lage, dass es bei uns in der Stadt schon seit Jahren Gewaltprävention und viele Angebote für unterschiedliche Jugendgruppen gibt. Da lässt sich jetzt wirklich gut darauf aufbauen, auch in Kooperation mit dem Stadtjugendausschuss, der ja wirklich vielfältige Erfahrung hat. Deswegen sind wir dankbar für die Ausführungen in der Antwort der Verwaltung, was jetzt schon auf den Weg gebracht wurde. Das ist wirklich ein ganz wichtiges Signal. Deswegen danke, für diese begonnenen Initiativen, darauf können wir jetzt aufbauen. Wichtig ist natürlich, dass diese Szene und diese Gruppierungen weiterhin im Blick sind und dass wir dann auch, wenn es sich eben ein Anlass ergibt, schnell handeln können und in die Kommunikation mit den Gruppen einsteigen können. Also, vielen Dank für die ganzen Vorarbeiten. Von unserer Seite: dranbleiben. Dann haben wir ein gutes Gefühl, dass es bei uns nicht so weit kommt, wie das, was wir leider in Stuttgart erleben mussten und was uns alle sehr erschüttert hat.

Stadtrat Høyem (FDP): Ein guter Antrag, eine gute Antwort und eine wichtige Sache, und wir wollen das gerne weiter diskutieren.

Stadträtin Melchien (SPD): Auch wir sind natürlich offen für weitere Diskussionen und haben ganz großes Verständnis und Sorge um die Clubszene in Karlsruhe und tatsächlich um deren weitere Existenz. Ich sehe es allerdings für äußerst schwierig an, hier jetzt Alternativangebote zu finden. Wir müssen bedenken, da sind ja Corona-Einschränkungen und die sind nicht von uns erhoben. Derzeit ist es nun mal in der üblichen Form nicht möglich, eine Feierszene am Leben zu erhalten. Wir sind offen für alle Anregungen, wobei es der Antragsteller ja selbst auch offenlässt. Ich glaube, wir sind da alle ein bisschen hilflos in der Frage. Tatsächlich für die jungen Erwachsenen sehe ich nicht, dass wir es kommunal wirklich richten können, auch wenn wir uns natürlich auch keiner Diskussion und diesen berechtigten Sorgen verschließen wollen, in keiner Weise.

Zur Gewaltprävention wurde schon ganz viel gesagt, wir schließen uns dem an. Hier hat sich jetzt wirklich auch mal wieder gezeigt, was für eine hervorragende Rolle der Stadtjugendausschuss in unserer Stadt leistet, präventiv immer am Ball der Zeit zu sein und in Kooperation erste Schritte ergriffen zu haben und weitere Maßnahmen zu planen und auf den Weg zu bringen. Hier sind wir wie immer sehr überzeugt von dem, was auch die Stadtverwaltung, dank dem Stadtjugendausschuss, vorweisen kann, auch mit dem weiteren Vorgehen mit dem runden Tisch, der nicht nur einfach ein weiterer Arbeitskreis ist, sondern der wirklich schnell und effektiv arbeitet und vorzeigbare Ergebnisse leistet. Da glauben wir, was die Gewaltprävention angeht, sind wir wirklich gut aufgestellt in unserer Stadt.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Natürlich unterstützen wir auch diese Initiative. Falls sich der eine oder andere noch daran erinnert, hatten wir damals im Rahmen des Sicherheitskonzeptes einen Antrag gestellt mit mehreren Punkten, wovon der letzte Punkt war, dass wir doch gerne prüfen wollen, ob das Züricher Modell für nicht kommerzielle Jugendfeiern ein Modell sein könnte. Wir würden uns natürlich darüber freuen, dass man im selben Zuge im Hauptausschuss dann die Diskussion darüber angehen würde, weil es in dieselbe Richtung geht, wie schaffen wir für Jugendliche trotz der Corona-Einschränkungen, auch wenn wir wissen, dass wir das nicht adäquat ersetzen können, attraktive Angebote zu schaffen. Mir ist zum Beispiel aufgefallen vor wenigen Wochen im Schlosspark, da sitzt man schön im Schlosspark und die Jugendlichen sitzen da und dann ist irgendwann die Stunde erreicht, wo alle aus dem Schlosspark herausströmen, was natürlich total legitim ist, und dann fragt man sich, wo gehen die Hunderte von Menschen jetzt genau hin, wenn sie weiter feiern gehen wollen, wenn sie alle vorher dementsprechend Alkohol konsumiert oder sich anders ausgetobt haben. Da hat man natürlich schon Sorge, gehen die an andere Plätze, wo wir gar nicht so viel Kontrolle haben oder gehen die in irgendwelche Privaträumlichkeiten, wo es dann eine noch höhere Infektionsgefahr ist?

Wir freuen uns sehr auf die Diskussion, wissen um die Schwierigkeit des Themas und sind auf die Schritte, die eingeleitet worden sind, gespannt, ob wir da gemeinsam mit den Trägern Ideen finden.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Ich bin dankbar für diese Diskussion, die dieser Antrag gestellt hat. Er zeigt ja auch, dies ist auch im Text hinterlegt, dass wir eigentlich alle relativ hilflos sind. Wir haben Konzepte und wir wissen, dass dieses Jahr auch ein besonders schwieriges Jahr für die Clubbesitzer, für die Jugendlichen ist, und wir drücken ja auch ein Auge zu, wenn Jugendliche in Parks oder privat sind, denn man kann es ja nicht stoppen. Wenn man es stoppt, dann passiert das, was in Stuttgart passiert ist. Wir als Fraktion sind wirklich für jede Idee dankbar.

Jetzt ist er ja aufgelegt – danke für den Sicherheitsbericht. Wir sehen, wo die Problemzonen sind, und wir hatten ja auch schon darüber gesprochen. Jedes Steinchen und jeder runde Tisch ist uns willkommen. Es zeigt auch, dass es klappt und es ist bei uns nicht ansatzweise so, wie es in anderen Großstädten wie Frankfurt, Stuttgart und woanders gewesen ist. Karlsruhe ist da sehr weit entfernt, aber wir sollen diesen Punkt auch gar nicht aus den Augen lassen, auch wenn ich manchmal rigider bin, das ist der richtige ergänzende Schritt zum Sicherheitskonzept.

Der Vorsitzende: Zu der Wahrnehmung, die ich jetzt gerade habe - es kann hier genauso passieren wie in Stuttgart und jetzt brauchen wir ein Programm, damit das nicht passiert -das greift mir von der Analyse zu kurz. Insofern sollten wir den 13. Oktober nutzen, auch wenn die Polizeipräsidentin da ist, um das noch mal auseinanderzuidividieren, wo die Unterschiede sind, wo

aber auch Entwicklungen parallel laufen können, denn die Dynamik ist ja grundsätzlich überall möglich – erster Punkt.

Zweiter Punkt, wir haben uns bei den entsprechenden Programmen des Stadtjugendausschusses im Sommer auf die neue Lage eingestellt, haben zum Teil noch zusätzliche Programme gemacht. Der Stadtjugendausschuss hat am Ende doch zweitausend Ferienbetreuungsplätze anbieten können, obwohl das komplette Programm umgestülpt werden musste. Also, ich glaube, wir haben schon die Fähigkeit uns darauf einzustellen, und wenn Jugendliche dann auf Projekte wie auf „My city, my home“ nicht eingehen, dann haben sie auch eine Entscheidung getroffen. Ich glaube, dass es nicht an der Information mangelt, interessierte Jugendliche, die ein Angebot der Stadt finden wollen, werden es finden, aber es gibt auch Jugendliche, die Angebote der Stadt nicht annehmen. Die würde ich aber nicht primär mit irgendeinem Problem behaften.

Drittens, ich weiß zum Teil nicht, wie wir das machen sollen. Also, wenn Tanzen verboten ist, weiß ich nicht, wie ich einer tanzwütigen Jugend beim Stadtjugendausschuss Tanzangebote machen soll. Ehrlich gesagt, schockiert mich Ihre Erwartungshaltung an die Kompetenzen, die wir da haben. Ich finde, Sie machen es sich da ein bisschen einfach. Die Clubbesitzer sagen, dass das Ganze ins Private abgedrängt wird. Da haben sie sicher recht. Im Privaten finden im Moment die größten Infektionsherde statt, deswegen erwägt ja der Ministerpräsident sich einer Forderung anzuschließen, private Veranstaltungen auf 25 Teilnehmer zu begrenzen. Das habe ich zumindest vor zwei Tagen im Netz gelesen. Wenn das kommt, was sollen wir denn dann als Stadtjugendausschuss noch machen? Wir können es ja nicht einmal als Privatparty deklarieren, wir dürfen es heute schon gar nicht machen, denn wir können nicht als öffentlicher Träger eine Tanzveranstaltung machen. Das ginge vielleicht draußen auf der Straße noch, aber im Winter, wo Sie ja zurecht sagen, da häufen sich die Probleme, wie sollen wir es dann tun? Sollen wir jetzt den Marktplatz beheizen und da die Jugendlichen tanzen lassen?

Es ist alles ok. Deswegen bin ich Ihrer Meinung, wir nehmen den Antrag mit am 13. Oktober in den Hauptausschuss und diskutieren ihn da noch mal, aber ich hätte dann gerne, dass die in Stuttgart an der Regierung beteiligten Parteien sich genauso ernsthaft mal nach Stuttgart wenden und fragen, wie wir das tun sollen, weil wir wissen im Moment wie man Infektionsrisiken mindert, das hat was mit Abstand zu tun, mit Hygiene, mit Masken. Wir haben Clubbetreiber, die mir glaubhaft versichern, dass sie solche Konzepte betreiben, also umsetzen und dann auch in geringem Maße zulassen könnten, nur sie dürfen es nicht, weil diese Bars und Clubs von vornherein zu sind. Wir brauchen endlich den Wechsel, dass kreative Lösungen vor Ort, die eine Infektionssicherheit bieten, zumindest soweit man das umsetzen kann, dass die die Chance bekommen, dann auch mal umgesetzt zu werden und nicht eine pauschale Schließung von bestimmten Angeboten. Das ist das, worum ich Sie jetzt bitte, dann aber genauso ernsthaft. Denn wenn diese pauschalen Verbote bleiben - und im Moment sieht es ja gerade nicht anders aus, gerade heute hat der Ministerpräsident angekündigt, dass es nicht der Raum für Lockerungen sei, also ich sehe eher den gegenteiligen Effekt - dann sind wir noch weniger in der Lage, auf ein besonderes Interesse einzelner Gruppen auch noch mit Angeboten reagieren zu können. Das möchte ich an der Stelle einfach sagen. Ich bin ja gerne zu allem bereit, aber ich weiß nicht, wie wir es machen sollen.

Gut, dann nehmen wir das in den Hauptausschuss am 13. Oktober.

Zur Beurkundung:

Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
16. Oktober 2020